

KOMMENTAR



Stefan Jünger zur Diskussionskultur in Wald-Michelbach

Sich selbst hinterfragen

Die Gemeinde Wald-Michelbach versucht derzeit, ein Jugendparlament zu gründen. Dieses Vorhaben war schon einmal vor Jahren auf Initiative der SPD-Fraktion in Angriff genommen worden, aber letztlich am fehlenden Interesse der Jugendlichen gescheitert. Auf Antrag der Bürger für Wald-Michelbach (BfW) hat der Jugend-, Senioren-, Sport- und Kulturausschuss dazu nun erneut Kontakt mit den weiterführenden Schulen aufgenommen. Ein Ansatzpunkt hierbei ist, die Schüler zu Sitzungen der gemeindlichen Gremien einzuladen und auch damit Interesse an aktiver Kommunalpolitik zu wecken.

Die Gemeindevertreterversammlung am Montagabend war dafür aber leider kein gutes Beispiel. Schon bei der Tagesordnung gab es die ersten Auseinandersetzungen, da die BfW die Reihenfolge ihrer Anträge kritisierte. Auch bei den folgenden Themen kam es immer wieder zu ausufernden Diskussionen, die gerne mit Polemik und auch immer mal wieder mit verbalen Seitenhieben unter die Gürtellinie gewürzt wurden. Oberlehrerhafte Ausführungen, Diskurse um rechtliche Regularien und die wiederholte Forderung nach namentlicher Abstimmung strapazierten zusätzlich die Nerven der Mandatsträger und Besucher – und provozierten Zwischenrufe wie „Kindergarten“ oder „Kasperletheater“.

Bürgermeister Dr. Sascha Weber machte auch darauf aufmerksam, dass nach Einschätzung von Lehrern alleine schon solch eine lange Tagesordnung wie die am Montagabend mit 16 Punkten auf die Schüler abschreckend wirken. Was für eine Wirkung wird solch ein Sitzungsverlauf und solch eine Diskussionskultur dann erst auf sie haben? Gerade wenn sie junge Menschen für eine ehrenamtliche Tätigkeit in der Gemeinde gewinnen wollen, sollten so manche Mandatsträger einmal ihre Polemik und ihren Hang zur Selbstinszenierung kritisch hinterfragen.

Gemeindevertretung: Mammut Sitzung für die Wald-Michelbacher Mandatsträger / Antrag der BfW zur Überwaldbahn nicht behandelt

„Reaktivierung wird schon geprüft“

WALD-MICHELBACH. Es war eigentlich keine Überraschung, dass die Wald-Michelbacher Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am Montagabend die Tagesordnung nicht komplett abarbeiten konnte. 16 Punkte waren schon ein strammes Programm für die auf zwei Stunden festgelegte Sitzungszeit. Dazu wurde noch ausgiebig diskutiert und gestritten, sodass die Mehrheit der Mandatsträger auf Antrag von Günther Roßbach (FW) um 21.40 Uhr das Ende der Sitzung beschloss.

Schon zu Beginn gab es Einwendungen gegen die Tagesordnung. So bemängelte Stefan Werner (Bürger für Wald-Michelbach), dass die Anträge seiner Fraktion nicht in der Reihenfolge des Eingangs beim Gemeindevertretervorsitzenden Notung Köhler aufgenommen worden seien. Damit konnte dieser nichts anfangen. Die Anträge seien in einer E-Mail gekommen und so habe er sie auf die Tagesordnung genommen.

Tagesordnungspunkte vorziehen

Die BfW-Vertreter gaben sich damit aber nicht zufrieden und forderten, die Anträge zur Reaktivierung der Überwaldbahn und zur Solardraisinenbahn vorzuziehen. Bürgermeister Dr. Sascha Weber wies hier darauf hin, dass schon im Frühjahr 2018 beschlossen worden sei, eine Reaktivierung zu prüfen und diese Prüfung nun über den Kreis Bergstraße schon laufe. Deshalb sah Stefan Doetsch (CDU) den Antrag der BfW als obsolet an, was für Kritik in deren Reihen sorgte. Köhler ließ dann über den Antrag, die beiden Punkte vorzuziehen, abstimmen. Die Mehrheit der Mandatsträger stimmte dagegen – was von Seiten der BfW mit Empörung und Unmutsbekundungen quittiert wurde.

Auch mit dem Antrag der BfW, unter dem Stichwort „Politik macht Schule“ Kindern und Jugendlichen an den weiterführenden Schulen die Gemeindepolitik näher zu bringen, hatten viele Mandatsträger ein Problem. „In der Zielsetzung sind wir uns einig“, sagte beispielsweise Sven Wingerter (SPD), der aber auf



Wie geht es mit der Solardraisinenbahn weiter? In der Sitzung der Wald-Michelbacher Gemeindevertretung wurde ein Antrag der BfW zur Reaktivierung der Überwaldbahn zwar nicht behandelt, Bürgermeister Dr. Sascha Weber wies aber darauf hin, dass die Reaktivierung der Überwaldbahn derzeit beim Kreis Bergstraße geprüft werde. ARCHIVBILD: FRITZ KOPETZKY

den Beschluss der Gemeindevertretung von 2016 hinwies, ein Jugendparlament auf die Beine zu stellen und in diesem Rahmen Kinder und Jugendliche in Kooperation mit den Schulen am politischen Geschehen in Wald-Michelbach zu beteiligen. „Das befindet sich eigentlich bereits in der Umsetzung“, fügte er an.

Christiane Hennrich (BfW) sah hier aber einen ganz anderen Ansatz. Es handele sich dabei um eine vorbereitende Maßnahme für die Bildung des Jugendparlaments. Und sie konnte auch von einem Lehrer berichten, der hier sofort mitmachen würde. Werner bemängelte, dass der entsprechende Beschluss schon vor drei Jahren gefasst worden sei. „Deshalb sollten wir jetzt in die Phase des Konkreten eintreten“, ergänzte sein Fraktionskollege Jörg Maletz. Damit konnten sie

aber die anderen Gemeindevertretung nicht überzeugen. So war Roßbach der Meinung, dass „schon einiges im Gange ist und wir diesen Versuch fortsetzen sollten“. Doetsch regte an, den Geist des Antrags der BfW in das schon laufende Verfahren aufzunehmen. Und Beatrix Boshoven-Krämer (SPD), langjährige Vorsitzende des Jugend-, Senioren-, Sport- und Kulturausschusses, merkte an, dass es „auch nicht schneller geht, nur weil wir diesen Antrag beschließen“. „Das Thema ist im Ausschuss und es soll auch im Ausschuss bleiben“, sagte Köhler und schloss damit – zur Enttäuschung der BfW-Vertreter – diesen Tagesordnungspunkt ab.

Nisthilfen für Weißstörche

Ähnlich erging es dem Antrag der BfW hinsichtlich Nisthilfen für

Weißstörche. Aufgrund der hohen Population der Vögel im Ried drängten die Tiere in die umliegenden Bereiche und damit auch in den Überwald, erklärte Köhler, der sich dazu die Expertise eines Ornithologen eingeholt hatte. Er bewertete das Vorhaben als sinnvoll, wies aber darauf hin, dass in Aschbach unter Mitwirkung des Ortsbeirats schon Bürger dabei seien, Nisthilfen zu schaffen. Die Gemeinde beziehungsweise der Bauhof könnten hier aber unterstützend tätig werden, merkte Werner an. Da der Bauhof diese Unterstützung aber schon zugebilligt habe, habe sich der Antrag erledigt, hielt der Gemeindevertretervorsitzende entgegen.

Christiane Hennrich sah das nicht so, denn es gehe auch darum, öffentliche Räume zur Verfügung zu stellen. Und für Maletz war es wich-

tig, dass sich die Gemeinde per Beschluss dazu bereit erkläre, Unterstützung zu leisten.

Jürgen Lampert, FW-Vertreter und vom Beruf her Revierförster, sah im Überwald jedoch kein geeignetes Habitat für Weißstörche, da diese Flussniederungen und Feuchtwiesen bevorzugten. Ungeachtet dessen empfahl Doetsch, das Thema mit Fachleuten im Ausschuss zu beraten. Roßbach forderte jedoch, gar nicht abzustimmen, sondern die Sache auf die Gemeinde zuzukommen zu lassen. Köhler ließ schließlich doch abstimmen, wobei der Antrag bei acht Ja-Stimmen der BfW und der Grünen gegen zehn Stimmen und drei Enthaltungen aus den anderen Fraktionen mehrheitlich abgelehnt wurde. **jün**

► Kommentar

Gemeindevertretung: Antrag der BfW-Fraktion in Sachen „Brunnenwiese“ abgelehnt

Mediationsverfahren läuft

WALD-MICHELBACH. Mit einem ungewöhnlichen Stimmenpatt wurde in der Sitzung der Wald-Michelbacher Gemeindevertretung am Montagabend ein Antrag der Fraktion der Bürger für Wald-Michelbach (BfW) zum Streit um die Anbindung des Gebiets „Brunnenwiese“ in Hartenrod abgelehnt. Mit acht Ja- und acht Nein-Stimmen sowie bei acht Enthaltungen quer durch die sieben Fraktionen fand dieser nicht die erforderliche Mehrheit.

Die Gemeinde versucht in Hartenrod schon seit Jahren, den Gaderner Weg, der an manchen Stellen so eng ist, dass kein Begegnungsverkehr möglich ist, als Anbindungsstraße auszubauen. Dagegen wehrt sich die Familie eines landwirtschaftlichen Betriebs, da diese Straße mitten durch ihr Anwesen verläuft. Der Streit dauert schon seit über 30 Jahren an.

„Die Lage hat sich dort nicht verbessert, man sollte jetzt endlich einmal vernünftige Nägel mit Köpfen machen“, sagte Jörg Maletz (BfW). Deshalb solle der Gemeindevorstand neue Gespräche mit der Familie des landwirtschaftlichen Betriebs aufnehmen, um auf diesem Weg eine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung zu finden.

Köhler erinnerte jedoch daran, dass zum einen der von der Gemeindevertretung beschlossene Bebauungsplan vor Gericht beklagt werde, zum anderen Bürgermeister Dr. Sascha Weber schon im Auftrag des Gemeindevorstands mit der Familie verhandeln solle. Hier solle nun auch ein Mediationsverfahren



Streitpunkt Gaderner Weg in Hartenrod: In der Gemeindevertreterversammlung am Montagabend wurde ein Antrag der BfW, neue Verhandlungen mit den Beteiligten aufzunehmen, abgelehnt, weil derzeit schon ein Mediationsverfahren laufe. ARCHIVBILD: FRITZ KOPETZKY

durchgeführt werden, das man abwarten sollte. Weber bestätigte, dass das Verfahren schon laufe und der Termin in den nächsten sechs Monaten am Gericht in Kassel stattfinden werde.

Christiane Hennrich (BfW) forderte aber, dass die Gemeindevertretung ein Signal setzen sollte. Und ihr Fraktionskollege Stefan Werner regte an, dass in dem Verfahren auch die weiteren Anlieger gehört werden sollten. Maletz verlangte schließlich eine namentliche Abstimmung – die dann den Patt und die Ablehnung des Antrags erbrachte.

Die Tagesordnung der Sitzung beinhaltete jedoch nicht nur Anträge

der BfW-Fraktion. So informierte der Gemeindevorstand, dass ein fachkundiges Mitglied des Gremiums als Unterstützung für das Bauamt im Rahmen einer ehrenamtlichen Tätigkeit berufen worden sei. Dies betreffe die Ausführung verschiedener kleinerer Projekte im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms. Nach Rechtsauskunft des Hessischen Städte- und Gemeindebundes gebe es dafür keine Bedenken, berichtete der Bürgermeister. Eine Genehmigung der Gemeindevertretung sei nicht erforderlich, man wolle es den Mandatsträgern aber dennoch zur Kenntnis geben. Das wurde schließlich einstimmig so angenommen. **jün**

Gemeindevertretung: Akteneinsichtsausschuss wird gegründet

Windpark-Verträge vorlegen

WALD-MICHELBACH. Insgesamt zehn Anträge der Fraktion der Bürger für Wald-Michelbach (BfW) standen bei der Sitzung der Gemeindevertretung zur Beratung an. Ein Ergebnis daraus ist, dass nun ein Akteneinsichtsausschuss gebildet wird, der sich die Verträge zwischen Gemeinde und Entega in Sachen Windpark „Stillfüßel“ einmal genau vornehmen soll.

In der Antragsbegründung wies Fraktionsvorsitzender Jörg Maletz auf das Breitbandnetz hin, für das die Gemeinde drei Millionen Euro investiert, nun aber keinerlei Einwirkungsmöglichkeiten mehr habe. Beim Windpark sollten die Gemeindevertreter nun umfassend Einblick in die Vertragsunterlagen nehmen können. „Ist mit der Gemeinde abgesprochen, was weiter passiert? Werden Messungen des Geräuschpegels vorgenommen?“, waren hier Fragestellungen. Die Mandatsträger hätten die Verträge abgesegnet, ohne genau zu wissen, was drin stehe. Deshalb wollte er ein Exempel statuiert sehen. „Und wenn nichts Problematisches drin steht, sollte es auch kein Problem sein, Einsichtnahme zu erhalten“, fügte er an.

Gemeindevertretervorsitzender Notung Köhler erinnerte an den Prüfungsbericht der Kommunalberatung Rheinland-Pfalz, die bestätigt habe, dass das Vergabeverfahren rechtskonform durchgeführt und das beste Ergebnis für die Gemeinde und ihre Bürger erreicht worden sei. Auch das Revisionsamt des Kreises Bergstraße sei zu einem positiven Ergebnis gekommen. Zudem habe eine anerkannte hessi-

sche Fachzeitschrift das Vergabeverfahren der Gemeinden Fürth und Grasellenbach für den Windpark Kahlberg, das identisch mit dem Stillfüßel-Verfahren war, als vorbildliches Beispiel bewertet.

Um die Akteneinsicht vornehmen zu können, schreibe die Hessische Gemeindeordnung (HGO) die Bildung eines entsprechenden Ausschusses vor, erklärte Bürgermeister Dr. Sascha Weber. Alternativ könne auch der Haupt- und Finanzausschuss diese Aufgabe übernehmen. Nur müsse eine klare Aufgabe vorgegeben werden. Daraus ergab sich eine kurze Debatte, ob der Ausschuss auch ohne konkrete Fragestellung gebildet werden könne, wie Christiane Hennrich (BfW) meinte, die für die Linken-Kreistagsfraktion Mitglied im Akteneinsichtsausschuss des Kreistages in Sachen Draisinenbahn gewesen war.

Weber stellte noch klar, dass es gemäß der HGO das Recht einer Fraktion sei, einen solchen Ausschuss einzuberufen und er im Falle einer Ablehnung durch eine Mehrheit in der Gemeindevertretung Widerspruch erheben müsse. Maletz – der zwischenzeitlich aus der HGO den Antrag betreffende Passagen vorgelesen hatte und den kopfschüttelnden Köhler zu einer „semantischen Debatte“ einladen wollte – erklärte noch, dass er für gut befinden würde, wenn sich alle Fraktionen hinter den Antrag der BfW stellen würden. Bei einer Enthaltung wurde diesem dann stattgegeben. Im Haupt- und Finanzausschuss soll nun das weitere Vorgehen abgestimmt werden. **jün**

Gemeindevertretung

Prostituiertengesetz ein Thema

WALD-MICHELBACH. Ein ungewöhnliches Thema stand am Montagabend in der Sitzung der Wald-Michelbacher Gemeindevertretung auf dem Programm: das Prostituiertengesetz. Dieses ist im Sommer 2018 in Kraft getreten und regelt den Schutz von in der Prostitution tätigen Personen sowie die daraus resultierenden Aufgaben für die Kommunen. Hierbei geht es vor allem um die Beratung betroffener Personen. Die Landkreise können diese für Gemeinden unter 7500 Einwohnern übernehmen. Der Kreis Bergstraße hat auch seinen größeren Kommunen angeboten, dies gegen eine Kostenpauschale von 2500 Euro jährlich zu tun. Dadurch gebe es im Rathaus keinen Arbeitsaufwand, wenn es doch einmal zu solch einem Fall kommen sollte, da dieser gleich als Landratsamt gehe.

„Im Überwald ist das noch kein Thema, weil diese Problematik gar nicht existiert“, führte Bürgermeister Dr. Sascha Weber aus. Deshalb habe der Gemeindevorstand empfohlen, die 2500 Euro einzusparen: „Es hat bisher noch kein Fall vorgelegen.“ Auch Jörg Maletz (BfW) fragte sich, warum „wir für ein nicht existierendes Problem bezahlen sollten“.

Dem folgte die Gemeindevertretung schließlich einstimmig. **jün**